Die neue Zielpolitik der Pro Infirmis : zwischen Fürsorge und Solidarität

Autor(en): **Hauser, Max / Weber, Anton**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF**

Band (Jahr): **23 (1981)**

Heft 4: **Von Herzen für die Pro Infirmis**

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-156018

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die neue Zielpolitik

Die neue zielpolitik der Pro Infirmis

Die kommission zielpolitik arbeitete unter anderem an folgenden fragen: wie soll Pro Infirmis in zukunft aufgebaut sein? Was will sie, und wie will sie ihre ziele erreichen? Wer ist bei Pro Infirmis für was verantwortlich? Wer darf wo mitreden oder mitbestimmen?

Fragen wie die mitsprache der behinderten in den Pro Infirmis-gremien und die mitbestimmung der mitarbeiter waren eine brisante politische angelegenheit. Die vorschläge dieser gruppe wurden in allen Pro-Infirmis-gremien behandelt und was dann übrigblieb wurde der delegiertenversammlung 1980 in Grenchen zur genehmigung vorgelegt.

Einige punkte aus diesem papier:

- *Pro Infirmis will*
  - *den behinderten zu grösstmöglicher selbständigkeit und zu aktiver teilnahme am sozialen leben verhelfen;*
  - *die soziale situation der behinderten und ihre beratung in den kantonen fördern;*
  - *die mitwirkung von behinderten in ihrer organisation und ihre mitarbeit auf eidgenössischer und kantonaler ebene anstreben.*
  - *die öffentlichkeit vermehrt über die probleme der behinderten in der gesellschaft aufklären.*
  - *mit anderen sozialwerken an der schaffung polyvalenter dienste und beratungsstellen mitarbeiten.*
  - *den mitarbeitern auf allen ebenen ein mitspracherecht einräumen.*

Max Hauser, Bern

******

Zielpolitik zwischen fürsorge und solidarität

Seit dem frühjahr 1975 arbeitet in der schweizerischen vereinigung Pro Infirmis eine 19köpfige kommission zielpolitik. Sie besteht aus vertretern aller organe und fachrichtungen der dachorganisation. Der starke wandel im schweizerischen sozialwesen, die veränderte einstellung der behinderten und ihrer selbsthilfeverbände sowie die veränderten methoden und motive der sozialarbeiter, machten eine neue standortbestim-

mung und neuorientierung nötig. Der auftrag an die kommission lautet, die politik und die strukturen der unternehmung klar zu umschreiben. Die erste schwierigkeit der mitarbeiter bestand in unserer systembedingten identitätsunsicherheit: Während die in demokratischer wahl bestimmten mitarbeitervertreter ihren souverän laufend orientieren und ihre meinung im kollegenkreis bilden wollten, bestimmte der auftraggebende zentralvorstand, dass die ad personam* gewählten mitglieder ausschliesslich ihm gegenüber verantwortlich sind. Als nunmehr von unserem körper getrennte kopfgruppe, belastete uns in zunehmendem masse der ständig wachsende informationsvorsprung und die schwierigkeit der einseitigen meinungsbildung. Schon im ersten sitzungsjahr entwickelten sich in den absichtlich homogen* zusammengesetzten subkommissionen eine stark unterschiedliche beurteilung des istzustandes und entsprechend verschiedene zielvorstellungen. Meine persönliche entwicklung bestand in dieser ersten phase darin, in der konfrontation mit den gesprächspartnern mich zu informieren. Trotz damals 3 1/2 dienstjahren musste ich mich aus der relativen froschperspektive des zweigstellenleiters hinausarbeiten. In einem oft recht verunsichernden prozess musste unterschieden werden zwischen dem aus der berater- und mitarbeitersicht wünschenswerten und dem in der gesamtunternehmung gemeinsam denkbaren.

als Privatpersonen

Soz.arbeiter eigene gruppe Vorstandsmitglieder eigene gruppe etc.

Durch den in der auseinandersetzung verbesserten realitätsbezug wurden in starkem masse prägungsbedingte vorurteile und die damit verbundenen affekte, wie z.b. autoritätsängste und die ihnen entsprechenden aggressionen, geklärt und kontrollierbarer. Obwohl ich das theoretisch schon vorher kannte, stellte sich der emanzipatorische effekt erst unterwegs auf dem "langen marsch" ein. Dieser verunsicherte zeitabschnitt war auch geprägt von einer manchmal belastenden ambivalenz.* bewusst wünschte ich mir in der kommissionsarbeit die auseinandersetzung und die vielfalt der meinungen; gefühlsmässig empfand ich wut, angst oder gar trauer, wenn ich in entscheidenden ausmarchungen unterlag oder gar alleinstand. Bewusst finde ich, dass ich als gleichberechtigter keinen unterschied machen sollte zwischen den kommissionsmitgliedern; gefühlsmässig und damit in der gelebten auseinandersetzung, spielt es leider doch keine rolle, ob ich mich mit einem bekannten kollegen oder beispielsweise einem erfahrenen politiker auseinandersetzen muss.

hin und her gerissen

Eine andere erfahrung: Wieso habe ich hemmungen, persönliche empfindungen und gedanken gegen historische, politische oder wirtschaftliche sachzwänge ins feld zu führen? Ich denke, weil fremdbestimmtsein die vermeintliche tugend des nicht genügend emanzipierten ist. Der naheliegendste ausweg besteht dann oft in der altruistischen form der aggressiven fürsorge für andere. Vielleicht ist es darum für uns nichtbehinderte immer wieder so reizvoll, über die bedürfnisse "unserer" behinderten zu sprechen. Dabei bemächtigen wir uns oft unbewusst der "ohnmächtigen". Ein vorgang, auf welchen auch behinderte verständlicherweise besonders allergisch reagieren. Hier muss sowohl im behinderten wie in seinen helfern der "Homopolitikus" erwachen. Die politik einer wohlfahrtsunternehmung und ganz besonders die politik eines unternehmens von der grösse von Pro Infirmis, ist letztlich wie jede politik, ein versuch, mit

!

den mitteln der macht eine bestimmte gesellschaftliche ordnung zu realisieren oder zu erhalten. Dass von dieser gegebenheit her in unseren gesprächen der bezug zu den parteipolitischen standorten der kommissionsmitglieder praktisch tabu blieb, hat mich oft irritiert.
Am stärksten wurde diese frage beim thema mitsprache oder mitbestimmung aktualisiert. Da stand zeitweise die auch im staat hängige mitbestimmungsfrage fast greifbar im raum. Hier vermisste ich besonders stark den rückhalt in grösseren gruppen von mitarbeitern, welche ihre werthaltungen geklärt und formuliert haben. Es wurde mir bewusst, dass das fehlen einer repräsentativen mitarbeiterorganisation ein echter mangel darstellt. Wir hätten uns klarer und bestimmender einbringen können, wenn unsere anliegen in den eigenen reihen gereift wären. Ich war nicht in der lage, die absichten und möglichkeiten der grossen mitarbeiterschaft abzuschätzen, weil ich nur die haltung einzelner mir bekannter kollegen kannte.

siehe auch "Geschilfe auf der Innenseite

Das über die vertretung der mitarbeiter gesagte trifft in viel stärkerem masse noch für die eigentliche interessengruppe von Pro Infirmis zu: die behinderten. In unserer kommission ist zufällig ein einziges mitglied behindert. So wie z.b. gewerbepolitik aus naheliegenden gründen nicht vorwiegend von konsumenten her bestimmt wird, ist dauerhafte politik für behinderte nicht von unbehinderten zu leisten. Diese erkenntnis hat mit der aufnahme der arbeitsgemeinschaft schweizerischer kranken- und invalidenselbsthilfeorganisation (ASKIO) in die dachorganisation Pro Infirmis ihre notwendige erste konsequenz erbracht. Dass behinderte aber auch in allen anderen organen zielgebend mitbestimmen, setzt zweierlei voraus: Pro Infirmis muss das wirklich wollen und die behinderten zur mitarbeit heranziehen. Die behinderten müssen sich mit unseren zielen identifizieren können, um auch engagiert mitzuarbeiten. Bei der mitbestimmungsfrage sitzen die mitarbeiter und die behinderten im gleichen boot: langfristig müssen die mitarbeiter über die neu eingeführte mitsprache zu einer vollen mitverantwortung als mitbestimmende kommen. Andernfalls wird es auch nicht gelingen, die behinderten selber als mitverantwortliche zu integrieren. Nur wenn wir in untrüglichen wachstumsschritten auf dieses fernziel hinarbeiten, kann der soziale integrationsaufruf von Pro Infirmis an die gesellschaft glaubwürdig bleiben.
Volle teilnahme und gleichberechtigung mit und für behinderte können wir mitarbeiter bei Pro Infirmis nur dann mitfördern, wenn wir an unserem arbeitsplatz volle teilnahme und gleichberechtigung leben.

Wenn als folge der erarbeiteten zielpolitik die statutenrevision den Pro Infirmis mitarbeitern anstelle der von uns angestrebten mitbestimmung lediglich die mitsprache auf allen entscheidungsebenen bringt, liegt das nicht primär an der zurückhaltung unserer gesprächspartner in dieser frage. Wir sozialarbeiter nehmen in einer falsch verstandenen helferrolle unsere sozialpolitische mitverantwortung oft noch ungenügend wahr. Aber genau an diesem punkt entscheidet sich die frage, ob wir als wirkliche helfer zur selbsthilfe für die sich emanzipierende neue behindertengeneration in frage kommen.

Während unsere kommissionsarbeit im bezug auf notwendige strukturelle veränderungen praktisch nur kosmetische vorschläge erbringen konnte (für notwendige, mutige veränderungen sind wir wahrscheinlich schon zu gross und zu etabliert), birgt der erklärte wille zum effektiven **miteinander**, neue möglichkeiten. Ob wir sie leben werden, ist gleichwertig von der trägerinstitution, den mitarbeitern und der zielgruppe abhängig. Wenn dieser ansatz weiterwachsen kann, ist das vielleicht der zukunftsweisende beitrag an die zielsetzungen und künftigen strukturen der sozialarbeit im ganzen, welchen Paula Lothmar schon vor 10 jahren von Pro Infirmis erhoffte.

Liebe leser, mein erfahrungsbericht ist persönlicher geworden als ich eigentlich wollte. Er entspricht damit aber ganz dem, was für mich die kommissionsarbeit überdauern wird: In dem masse, wie ich den mut hatte, in der kommission zu dem zu stehen, was ich fühlte, dachte und wollte, gelang mein persönlicher beitrag. Ganz besonders in diesen spannenden, anstrengenden und befreienden momenten, habe ich etwas gegeben. Durch die nie ausbleibende reaktion auf solche beiträge, habe ich jedoch auch immer wesentliches erhalten und das vertrauen von und zu menschen gewonnen, welche den "most" nicht am gleichen ort holen wie ich. Erfahrungen solcher art motivieren zur weiterarbeit und bewahren vor der resignation.
Suchen und leisten wir das manchmal auch schwierige **miteinander**, weil es langfristig gesehen doch der grund unserer motivation und die ethische legitimation für unsere berufsarbeit ist.

Index 1) Paula Lothmar: "Zielsetzung bei Pro Infirmis"
Gedanken eines aussenstehenden, 1970

Anton Weber, Birr

Neben Frau Liniger ist auch Pro Infirmis-Präsident E. Brugger FDP-Mitglied. Ebenso sein vorgänger N. Celio.
In der zeitschrift "Dialog" antwortete der fraktionssekretär der FDP auf die frage, was seine partei in zukunft zu tun gedenke, um eine wirkliche eingliederung der behinderten in die gesellschaft zu erreichen: "Unsere partei befürwortet sämtliche massnahmen, die die eingliederung behinderter (ebenso wie der betagten) in die gesellschaft erleichtern. Das wahlprogramm der FDP 'zielsetzung 75' postuliert unter pt. 2.10. (seite 23) folgendes:
"Invalide, geschädigte kinder, aber auch suchtkranke leben am rande der gesellschaft. Wir unterstützen deshalb geeignete massnahmen, die der familie die pflege von behinderten erleichtern. Eine genügende zahl von beratungsstellen und spezialschulen ist zu schaffen, die eine bessere eingliederung der behinderten anstreben. Die private initiative in diesem bereich ist zu fördern" (nr. 13. sept. 1977). Mit der schaffung von spezialschulen propagiert er die eingliederung durch eine vorausgehende "ausgliederung". Ein weg, den die behinderten-selbsthilfe als kontraproduktiv betrachtet.

Aus "PRO INFIRMIS UND DIE BEHINDERTEN–SELBSTHILFE:
DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN ZWEI UNGLEICHEN PARTNERN"
Max Hauser